

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Paul Breuer, Ulrich Adam, Sylvia Bonitz, Georg Janovsky, Irmgard Karwatzki, Thomas Kossendey, Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg), Werner Lensing, Ursula Lietz, Hans Raidel, Helmut Rauber, Hans-Peter Repnik, Kurt J. Rossmanith, Anita Schäfer, Christian Schmidt (Fürth), Bernd Siebert, Werner Siemann, Benno Zierer und der Fraktion der CDU/CSU

zu der Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung

Die Bundeswehr der Zukunft, Feinausplanung und Stationierung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest,

1. das „Reformkonzept“ des Bundesministers der Verteidigung, Rudolf Scharping, wird den sicherheitspolitischen Notwendigkeiten Deutschlands und des Bündnisses nicht gerecht. Es basiert nicht auf einer umfassenden Bedrohungsanalyse und dem Willen, eingegangene Verpflichtungen in der NATO, der Europäischen Union und gegenüber den Vereinten Nationen zu erfüllen, sondern ist eine politisch gewollte Folge des Finanzdiktats des Bundesministers der Finanzen für den Verteidigungsetat;
2. mit der von der Bundesregierung geplanten Reduzierung der Truppenstärke der Bundeswehr auf faktisch 255 000 Soldatinnen und Soldaten wird Deutschland seiner politisch verantwortungsvollen Rolle als bevölkerungsreichste und wirtschaftlich stärkste Nation in der Mitte Europas nicht mehr gerecht. Die Lücke zwischen den international zugesagten Beiträgen und den tatsächlichen militärischen Fähigkeiten klafft immer weiter auseinander. Der strukturell notwendige Umfang der Bundeswehr wird unvertretbar unterschritten. Immer mehr Aufgaben werden auf immer weniger Schultern verteilt. Deutschland wird nach den absehbaren Einschnitten in die Substanz der Bundeswehr nur beschränkt bündnisfähig sein;
3. entgegen den ständigen Erklärungen des Bundesministers der Verteidigung, die Wehrpflicht als ein tragendes Element der Bundeswehr erhalten zu wollen, wird durch den erheblichen Abbau der Stellen für Wehrpflichtige die Wehrgerechtigkeit gefährdet und damit die Allgemeine Wehrpflicht mittelfristig in Frage gestellt;
4. mit dem vorliegenden Entwurf des Ressortkonzepts „Die Bundeswehr der Zukunft – Feinausplanung und Stationierung“ hat der Bundesministers der Verteidigung Wortbruch begangen. Er gab an, nur Kleinstandorte schließen zu wollen. Noch im letzten Jahr hat der Bundesminister der Verteidigung an nunmehr zur Schließung anstehende Standorte Bestandszusagen abgegeben.

Mit der vorgelegten Feinausplanung ist nunmehr die Schließung von mindestens 59 Standorten vorgesehen. Die Verantwortung hierfür tragen der Bundesminister der Verteidigung und die rot-grüne Regierungskoalition. Von der angekündigten Beteiligung der Bundesländer bei den Fragen zur Stationierung der Bundeswehr ist im Vorfeld außer einigen allgemeinen Erörterungen nicht viel übrig geblieben. Die gesetzte kurze Frist zur Äußerung der Bundesländer macht es faktisch unmöglich, auf die getroffenen Entscheidungen noch Einfluss zu nehmen. Das Vertrauen der Soldaten, Zivilbeschäftigten und ihrer Familien sowie der betroffenen Standortgemeinden in die Zuverlässigkeit der politischen Führung der Bundeswehr ist schwer erschüttert;

5. die vorgestellte „Feinausplanung“ spiegelt nicht das ganze Ausmaß der Folgen des Finanzzugs für die Bundeswehr wider. Erst nach und nach erfahren Öffentlichkeit und Betroffene das wahre Ausmaß der Streichungen. Das veröffentlichte Scharping-Konzept lässt zahlreiche Verbände, Einheiten und Dienststellen der Bundeswehr über ihre Zukunft im Unklaren. Der Bundesminister der Verteidigung verkündet die Schließung von 59 Standorten, um die Zahl optisch niedrig zu halten. Bei näherer Betrachtung sind es aber deutlich mehr. Weitere Standorte werden derart reduziert, dass die Wirkung einer Schließung gleichkommt;
6. alle Standorte, an denen der Abbau weniger als 50 Prozent oder weniger als 500 Dienstposten ausmacht, sind nicht im Entwurf des Ressortkonzepts erwähnt. In diesen Garnisonen haben die Betroffenen oft erst aus Veröffentlichungen von den Kürzungen erfahren. Dies führte zu Unverständnis und Verunsicherung der betroffenen Soldaten, zivilen Mitarbeiter sowie der Länder und Gemeinden;
7. die Privatisierung und Rationalisierung der Bundeswehr stehen rechtlich und politisch auf einem unsicheren Fundament. Sie können bei weitem nicht das Geld zurückbringen, das der Bundeswehr entzogen wird;
8. die Kosten der Umstationierung, der angekündigten Personalstruktur- und Attraktivitätsmaßnahmen sowie für die Modernisierung des Materials sind nicht finanziert. Wenn sich die Finanzausstattung für den Verteidigungsetat nicht wesentlich verbessert, sind der nächste scharfe Einschnitt, das Ende der Wehrpflicht und ein massiver Schaden für die deutsche Glaubwürdigkeit bei unseren Verbündeten und Partnern vorprogrammiert;
9. auch bei der noch nicht vorgelegten Material- und Ausrüstungsplanung der Bundeswehr ist zu befürchten, dass wegen der unsoliden Finanzausstattung im Verteidigungsetat massiv eingegriffen wird. Viele der notwendigen Vorhaben können deshalb nicht bezahlt werden. Die Modernisierung der Bundeswehr wird deshalb nicht in dem notwendigen Umfang erfolgen können;

Der Deutsche Bundestag lehnt den Entwurf des Ressortkonzepts „Feinausplanung und Stationierung der Bundeswehr“ ab und fordert die Bundesregierung auf,

- die Bundeswehr in die Lage zu versetzen, dass sie die Aufgaben der Landes- und Bündnisverteidigung sowie die wachsenden Verpflichtungen des Stabilitätstransfers, der Konfliktprävention und der Krisenreaktion in der Nordatlantischen Allianz und in der Europäischen Union erfüllen kann,
- sicherzustellen, dass die Grundlage für die Beibehaltung der Allgemeinen Wehrpflicht unter Aufrechterhaltung der Wehrgerechtigkeit bestehen bleibt,
- den Umfang der Soldaten und zivilen Mitarbeiter der Bundeswehr deswegen nicht wie vorgesehen abzusenken,

- wirksame Personal- und Attraktivitätsmaßnahmen zur Sicherstellung des Nachwuchses und einer funktionsgerechten Altersstruktur einzuleiten,
- den Umbau der Bundeswehr für Soldaten und Zivilpersonal, an den Modellen der ehemaligen Bundesregierung orientiert, sozialverträglich zu gestalten,
- eine angemessene Stationierung der Bundeswehr in der Fläche zu erhalten,
- die zukünftigen Verteidigungshaushalte wieder mindestens an der mittelfristigen Finanzplanung des 32. Finanzplanes zu orientieren und die Finanzmittel dafür wieder auf ca. 50 Mrd. DM aufwachsen zu lassen,
- den von ihr zu verantwortenden Schließungen und Reduzierungen betroffener Standorte und Regionen eine finanzielle Hilfe aus Mitteln außerhalb des Verteidigungsetats zur Kompensation anzubieten und Maßnahmen der Konversion nachhaltig zu unterstützen.

Berlin, den 6. Februar 2001

Paul Breuer
Ulrich Adam
Sylvia Bonitz
Georg Janovsky
Irmgard Karwatzki
Thomas Kossendey
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Werner Lensing
Ursula Lietz
Hans Raidel
Helmut Rauber
Hans-Peter Replik
Kurt J. Rossmann
Anita Schäfer
Christian Schmidt (Fürth)
Bernd Siebert
Werner Siemann
Benno Zierer
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

